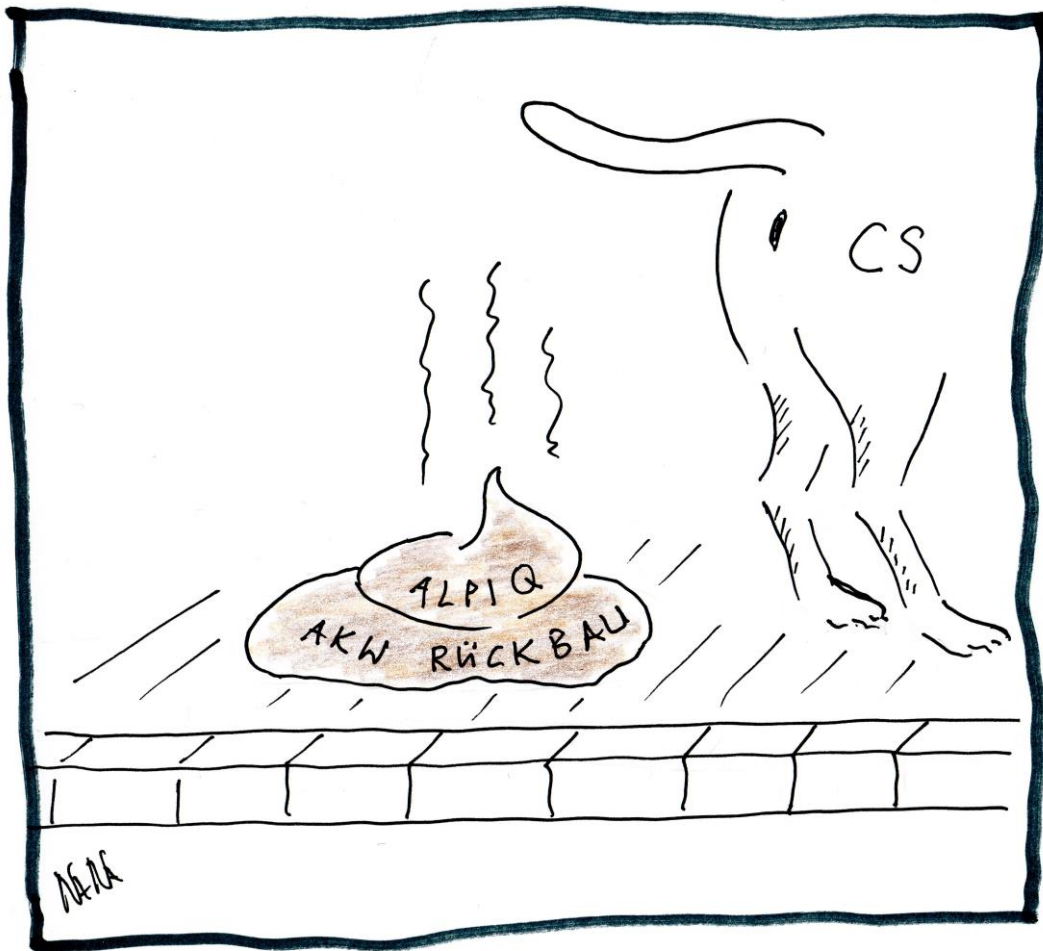


## WIE ERWARTET



<https://www.blick.ch/news/politik/credit-suisse-will-alpiq-uebernehmen-die-akw-kosten-aber-nicht-geld-fuer-die-bank-risiko-fuer-die-steuerzahler-id15509642.html>

Der Energiekonzern Alpiq, Hauptbesitzer der beiden Kernkraftwerke Gösgen und Leibstadt, will sich vor den immensen Kosten der Ausserbetriebnahme seiner Kernkraftwerke drücken. Mit einem Trick versuchen die Aktionäre die geltenden Regeln zur Stilllegung und Entsorgung von Atomkraftwerken in der Schweiz zu umgehen. Eigentlich wäre der Fall klar: Energiekonzerne, die AKW besitzen, müssen jährlich Millionen in die Stilllegungs- und Entsorgungsfonds (Stenfo) zahlen. Damit sollen der Rückbau der Atommeiler und die Entsorgung des Mülls finanziert werden. Nutzen wollen sie einen rechtlichen Kniff. Denn eigentlich betreibt die Alpiq ihre beiden Atomkraftwerke nicht selbst, sondern das tun eigene Betreiberfirmen. Beim AKW Gösgen ist dies beispielsweise die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, an der die Alpiq 40 Prozent hält. Die Betreiberfirmen haben aber vergleichsweise wenig Geld. Im Fall der Gösgen-Däniken AG sind es 350 Millionen Franken Aktienkapital. Nichts, wenn man bedenkt, dass Stilllegung und Entsorgung der fünf Schweizer AKW gemäss heutigen Schätzungen 24,6 Milliarden Franken kosten werden. Und im Stenfo befanden sich Ende 2017 nur 7,7 Milliarden Franken. Können aber weder die Betreiberfirmen noch die Besitzer dieser Firmen wie die Alpiq die Nachschüsse bezahlen, haften zunächst die anderen AKW-Betreiber solidarisch, dann aber Bund und Kantone – also der Steuerzahler. Das Risiko sei gross, dass die Kosten am Schluss an der öffentlichen Hand hängen bleiben, **warnte die Eidgenössische Finanzkontrolle bereits 2014.**

Bezahlen.de: **Ring-Fencing** Im Finanzwesen hat es die grundsätzliche Bedeutung, **Vermögenswerte von einem Bereich in einen anderen zu transferieren mit dem Ziel, Vorteile zu erarbeiten bzw. Sicherheit zu gewährleisten.**